

SLOWENIEN

ROMAN LUKA PRUNČ

REINHARD WESSEL

29. September 2011

www.kas.de/kroatienwww.kas.de

Slowenien vor vorgezogenen Neuwahlen: Ministerpräsident Pahor verliert Vertrauensabstimmung

Am 20.09.2011 stellte slowenische Ministerpräsident Borut Pahor (Sozialdemokraten/SD) nach monatelangem Zögern die Vertrauensfrage und verlor diese klar. Der slowenische Staatspräsident wird nach Ablauf einer 30-tägigen Frist das Parlament auflösen. Die erste vorgezogene Wahl in der slowenischen Geschichte soll am 4. Dezember 2011 stattfinden.

Schon im Mai dieses Jahres hatte die Regierung nach dem Koalitionssaustritt der Rentnerpartei DeSUS ihre Mehrheit verloren. Doch obwohl sich Slowenien seit langem in der tiefsten wirtschaftlichen Krise seiner Geschichte befindet, weigerte sich Pahor monatelang, wieder stabilere Machtverhältnisse zu ermöglichen. Aber auch die jetzige Situation muss nicht zwingend zu Neuwahlen führen, sondern könnte ein weiteres Jahr des politischen Stillstandes zur Folge haben –theoretisch zumindest.

Als am Dienstag, dem 20. Sept. 2011, nach einer achtstündigen Parlamentsdebatte das Ergebnis der Abstimmung bekannt wurde, stand endgültig fest, was sich schon seit Wochen abgezeichnet hatte: Insgesamt votierten 51 der 88 anwesenden Abgeordneten (2 Abgeordnete blieben der Abstimmung fern) für ein Ende der handlungsunfähig gewordenen Rest-Koalition aus SD und LDS (Liberaldemokraten).

Dass diese Regierung auf ihr Ende zusteuert, war seit längerer Zeit ersichtlich. Denn seit Dezember des letzten Jahres verlor sie alle fünf Volksabstimmungen mit deutlichen

Mehrheiten, die stets über 70% lag. Zum Problem ihrer offensichtlichen Unbeliebtheit beim Wahlvolk gesellte sich bald auch das Problem einer fehlenden parlamentarischen Mehrheit und somit der faktischen Unmöglichkeit, weiterhin Gesetze zu beschließen. Bereits im Mai trat die Rentnerpartei DeSUS nach internen Konflikten aus der ursprünglichen Vierparteienkoalition aus und machte diese somit zu einer Minderheitsregierung. Im Juni folgte ihr mit der linksliberalen Zares eine weitere Koalitionspartei in die Opposition, wodurch nur mehr die SD und die LDS in der Koalition verblieben. Obwohl die beiden Parteien lediglich 33 der insgesamt 90 Parlamentsabgeordneten hinter sich vereinen konnten, sah Pahor zunächst keinen Anlass irgendetwas an dieser Situation zu ändern. Vielmehr deutete er mehrmals an, dass er nicht bereit sei, seinen Posten bald zu verlassen.

Dabei konnte er sich gewissermaßen auf die slowenische Verfassung stützen, in der die Möglichkeit einer Selbstauflösung des Parlaments, die zu vorzeitigen Neuwahlen führen würde, nicht vorgesehen ist. Ein Regierungswechsel wird weiterhin durch ein konstruktives Misstrauensvotum erschwert, wodurch die Abwahl des regierenden Ministerpräsidenten nur dann möglich ist, wenn gleichzeitig eine Mehrheit für einen neuen Amtsinhaber stimmt. Im vorliegenden Fall erwiesen sich die starken ideologischen Unterschiede zwischen den Oppositionsparteien jedoch als so stark, dass diese sich trotz ihrer gemeinsamen Unzufriedenheit mit der Regierung nicht auf einen neuen gemeinsamen Kandidaten einigen konnten. Ein

SLOWENIEN

ROMAN LUKA PRUNČ
REINHARD WESSEL

29. September 2011

www.kas.de/kroatien

www.kas.de

weitere Möglichkeit, Neuwahlen herbeizuführen besteht darin, dass der Ministerpräsident selbst die Vertrauensfrage stellt. Dazu konnte er sich bis zum Sommer allerdings nicht entschließen.

Im August musste Pahor jedoch den nächsten schweren Schlag hinnehmen, als die Vorsitzende seiner einzigen verbliebenen Koalitionspartei und Innenministerin, Katarina Kresal, die Konsequenz aus den gegen sie vorgebrachten Korruptionsvorwürfen zog und zurücktrat. Nun stand Pahor endgültig vor einem Scherbenhaufen, denn durch die Regierungsaustritte seiner ehemaligen Koalitionspartner waren seiner Regierung insgesamt sechs Minister abhanden gekommen. Ihre Posten übernahmen vorläufig die Minister anderer Ressorts, die somit eine Doppelfunktion erfüllen mussten. Verfassungsrechtler wiesen allerdings darauf hin, dass diese Lösung nicht von Dauer sein dürfte und spätestens im Oktober neue Minister regulär durch das Parlament nachzuwählen seien. Doch dafür hätte der Premierminister eine (neue) parlamentarische Mehrheit benötigt. Eine Wahlniederlage hätte demzufolge das automatische Ende der Regierung bedeutet. Daher beschloss er, die Abstimmung über die neuen Minister am 20. September anzusetzen und diese mit der Vertrauensfrage zu verknüpfen, auch wenn der negative Ausgang von vornherein klar zu sein schien.

Vorgezogene Neuwahlen

Die Pahor-Regierung bleibt bis zur Übernahme der Geschäfte durch eine neue Regierung geschäftsführend im Amt. Vom 20. September 2011 an läuft eine 30tägige Frist, in der das Parlament einen neuen Ministerpräsidenten mit einfacher Mehrheit wählen kann. Erfolgt dies nicht, muss das Parlament durch den Staatspräsidenten aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben werden. Sollte dieses Szenario eintreten, könnten die Wähler frühestens im Dezember zu den Urnen schreiten. Der slowenische Staatspräsident Danilo Türk hat bereits erklärt, das Parlament am 21. Oktober 2011 auflösen zu wollen. Die Wahl wird dann am 4. Dezember 2011 stattfinden, zufälligerweise zeitgleich mit der in Kroatien.

Die aktuelle politische Krise Sloweniens scheint damit an ein Ende zu kommen. Dies erscheint auch bitter notwendig, denn das Land steckt seit langem in einer schweren wirtschaftlichen Krise. Dadurch ist der ehemalige EU-Musterschüler mittlerweile zu einem Sorgenkind geworden, das sogar mit dem Prädikat „das nächste Griechenland“ bedacht wird. Im Land besteht dringender Handlungsbedarf auf vielen Politikfeldern. Selbst bei Neuwahlen im Dezember ist mit einer neuen Regierung wohl erst im Januar zu rechnen, bis dahin könnten sich die Probleme noch drastisch verschlimmern. Vor allem Noch-Ministerpräsident Pahor muss sich dabei die Frage gefallen lassen, warum er in einer für sein Land dermaßen schweren Zeit nicht schon viel früher reagiert hat. Doch statt sich noch vor der parlamentarischen Sommerpause einer Vertrauensabstimmung zu stellen, hat er von Mai bis September eine beschlussunfähige Minderheitsregierung geführt, die schließlich doch auseinandergebrochen ist. Wie schwer die Konsequenzen dieses Verhaltens schlussendlich sein werden, lässt sich gegenwärtig schwer abschätzen, doch kann mit Sicherheit gesagt werden, dass Slowenien eine Menge Zeit auf dem Weg zu tiefgreifenden Reformen verloren hat.